Dienstag, 25. Oktober 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 30 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 491 * Ausgabe B Nr. 244
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 491

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die große Koalition gescheitert.

Absage der Deutschen Volkspartei.

Die neuen Verhandlungen der Parteien.

E. D. Während noch gestern nacht eine offiziöse Mitteilung eine Aussicht auf Verständigung innerhalb der Mittelparteien und damit die bevorstehende Bildung der großen Koalition von der Deutschen Volkspartei über das Zentrum und die Demokraten bis zur Sozialdemokratie eröffnete, haben sich die Verhältnisse heute früh völlig verschoben. Wie bei fast allen Regierungs- und Parlamentskrisen der letzten Jahre, wechselte auch diesmal das Bild kaleidoskopartig. Es ist daher nur möglich, die einzelnen Wechselvorgänge der Entwicklung chronologisch festzulegen.

Nachts ½1 Uhr. Die Verhandlungen der vier Mittelparteien bei dem Reichspräsidenten Ebert, denen der Außenminister Dr. Rosen zeitweilig beiwohnte, nahmen einen aussichtsvollen Verlauf. Nach einer längeren Debatte formulierte man eine Erklärung, die den einzelnen Fraktionen der künftigen Koalition zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollte. Darin wurde gesagt, daß die Regierung die Genfer Beschlüsse über Oberschlesien als eine Rechtsverletzung ansieht, daß sie dagegen Verwahrung einlegt und daß sie in einer besonderen Denkschrift der Botschafterkonferenz diesen Standpunkt darlegen wird. Trotzdem soll die Regierung einen Kommissar zu den wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen mit den Polen entsenden. Innerpolitisch legten die Sozialdemokraten ein umfangreiches Programm vor, das sich in der Hauptsache auf die bekannte Görlitzer Entschließung stützte. Gegen 10 Uhr abends verließen darauf die Vertreter der bürgerlichen Parteien das Palais des Reichspräsidenten, während die sozialdemokratischen Vertreter noch zwanglos eine Zeitlang bei Herrn Ebert verweilten. An dieser Unterhaltung nahm auch der Reichskanzler Dr. Wirth teil, der in diesem Moment gerade erschienen war, um sich wegen dem sich beim Reichspräsidenten über den Stand der Dinge zu unterrichten. Während die anderen drei Parteien erst auf heute vormittag Fraktionssitzungen anberaumten, trat die Deutsche Volkspartei noch gestern abend im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, um den Bericht Dr. Stresemanns über die Konferenz beim Reichspräsidenten entgegen zu nehmen. Nach einem längeren Referat Dr. Stresemanns und einer Aussprache, an der sich die verschiedensten Mitglieder der Partei beteiligten, wurde die im Reichspräsidentenpalais formulierte Erklärung **einstimmig abgelehnt,** namentlich, als Dr. Stresemann auf eine Anfrage angedeutet hatte, daß der Reichspräsident Herrn Wirth von neuem mit der Bildung des Kabinetts beauftragen wolle. Der Fraktionsvorstand wurde beauftragt, sofort den Reichspräsidenten schriftlich von dem ablehnenden Standpunkt der Deutschen Volkspartei in Kenntnis zu setzen.

10 Uhr vormittags. Das Schreiben der Deutschen Volkspartei ist beim Reichspräsidenten eingelaufen. Die Ablehnung der Deutschen Volkspartei, wie sie sich in der Aussprache herauskristallisiert hat, geht von folgenden Erwägungen aus: Es sei keineswegs gewiß, daß die Entente die Rechtsverwahrung Deutschlands entgegennehmen würde, ohne nun ihrerseits von uns die formelle Anerkennung ihres Entscheides zu verlangen. Ein Kabinett der großen Koalition könne sich daher nicht in seiner Politik ausschließlich auf die Rechtsverwahrung einstellen, ohne nicht auch die Anwendung von Zwangsmaßnahmen der Entente in Rechnung zu ziehen. Für diesen Fall scheine der Deutschen Volkspartei aber die Haltung der Sozialdemokratie ungewiß, und man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß das neue Kabinett dann schon nach wenigen Tagen auseinanderbreche. Die Bildung einer nationalen Abwehrfront, die von der Volkspartei für notwendig gehalten wurde, sei infolge des Standpunktes der Sozialdemokratie nicht möglich. Ein einmütiges Zusammenwirken der Parteien sei deshalb nicht vorhanden. Eine Koalition auf Dauer sei nicht gewährleistet und deshalb sei die Fraktion nicht in der Lage, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen.

11 Uhr vormittags. Im Reichstag geht es wieder sehr lebhaft zu. Die meisten Fraktionen sind zu Sitzungen zusammengetreten. Allerlei Kombinationen werden erörtert. Man spricht davon, daß nun nur noch die Wiederherstellung der bisherigen Koalition möglich sei. Ob mit oder ohne Wirth, ist die Frage, die immer wieder umstritten wird. Die Sozialdemokratie ist unbedingt für ihn, im Zentrum und der Demokratischen Partei sind die Ansichten durchaus geteilt. Die Mehrheit scheint in diesen beiden Fraktionen davon auszugehen, daß, wenn die alte Koalition wieder zustande kommt, unmöglich Dr. Wirth an die Spitze der bisherigen Parteikonstellation treten kann, gleich, als ob nichts geschehen wäre. Inzwischen sind die Führer der drei bisherigen Koalitionsparteien zum Reichspräsidenten Ebert gebeten worden, um sich nunmehr über die neue Situation klar zu werden. Die Fraktionen sind versammelt, um die Berichte ihrer Vertreter entgegenzunehmen und danach ihren Beschluß zu fassen. Um 12 Uhr geht die sozialdemokratische Fraktion, da bis dahin noch kein Bescheid aus der Wilhelmstraße eingelaufen ist, wieder auseinander und vertagt sich auf nachmittags 2 Uhr.

1 Uhr mittags. Die Konferenz bei dem Reichspräsidenten ist beendet. Die Fraktionsführer erscheinen im Reichstag, um sich sofort mit ihren Parteien in Verbindung zu setzen. Zurzeit werden die Fraktionen über die Ergebnisse der Besprechungen in Kenntnis gesetzt. In der Unterredung mit Herrn Ebert wurde zunächst das Schreiben der Deutschen Volkspartei eingehend erörtert und daraus der Schluß gezogen, daß nunmehr eine Einbeziehung derselben in die Koalition nicht mehr in Betracht kommen könne. Es handelt sich also nur noch um die Frage, ob es möglich sei, die alte Koalition wieder zustandezubringen. Die Demokraten verlangen eine stärkere Herausarbeitung der Rechtsverwahrung, während die Sozialdemokratie die Entsendung des Kommissars mit ungebundenen Händen zur loyalen Durchführung der Verhandlungen mit Polen verlangt, wie bisher, in allem sehr zurückhaltend ist.

Auf ½2 Uhr nachmittags ist eine neue Konferenz der Parteiführer der alten Koalition mit dem Reichspräsidenten anberaumt worden. Herr Ebert will nunmehr die Stellungnahme der Fraktionen zu den Verständigungsvorschlägen der Vormittagsbesprechungen hören. Sie werden voraussichtlich um etwa eine Stunde verschoben werden müssen, da die sozialdemokratische Fraktion sich bis 2 Uhr vertagt hatte und infolgedessen nur ein Teil der Abgeordneten im Hause weilte. (Siehe auch Seite 3.)

* * *

Uneinigkeit der oberschlesischen Industriellen.

Wegen der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

In Berlin fanden in den letzten Tagen Verhandlungen mit Vertretern der oberschlesischen Industrie statt. Bei der Beratung über das oberschlesische Problem trat, wie die „P. P. R." hört, ein starker Gegensatz hervor zwischen den Industriellen des bei Deutschland verbleibenden, und denen des an Polen abzutretenden Teiles des Abstimmungsgebietes. Die Industriellen des verlorengegangenen Gebietes mißbilligten in ihren Ausführungen den unzeitgemäßen Rücktritt der Reichsregierung und sprachen sich für eine Entsendung der deutschen Kommissare aus, während die Vertreter der bei Deutschland verbleibenden Industrie den von der Deutschen Volkspartei vertretenen Standpunkt einnahmen.

Eine Proklamation Horthys.

Gegen die königlichen Putschisten.

Budapest, 25. Oktober. (W. T. B.)

Der Reichsverweser Horthy richtete folgende Proklamation an die ungarische Nation: „Ungarn durchlebte entscheidende Stunden. Gewissenlose Individuen verführten den König Karl, so daß er zwecks Ausübung der Macht überraschenderweise nach Ungarn zurückkehrte, obwohl sie die drohenden Gefahren des Bürgerkrieges, fremder Besetzung und Vernichtung des Landes vorhersehen mußten. Auf die traditionelle Königstreue des ungarischen Volkes rechnend, sollten sie den Plan durch Ueberraschung durchführen. Dank der freien Nationalarmee scheiterte der Plan, welcher für Ungarn verhängnisvoll hätte werden können. Viele der Irregeführten kehrten auf die richtige Bahn der Pflichterfüllung zurück. Die Ausdrücke wärmsten Dankes und der Anerkennung allen denjenigen, die neben mir treu aushielten und aushalten, um das Vaterland zu retten! Besondere Anerkennung gebührt der unmittelbar betroffenen Bevölkerung jenseits der Donau, die Ruhe und Nüchternheit bewahrte, ebenso der Bevölkerung Budapests und namentlich der Arbeiterschaft, deren patriotische Haltung die Sicherung der Ordnung in jeder Weise erleichterte. Ich bin überzeugt, daß unter der Einwirkung dieser Ereignisse alle Bürger des schwergeprüften Landes ihre Uneinigkeiten, persönliches und Klasseninteresse zurückstellen und wie ein Mann das Interesse des Vaterlandes verteidigen werden."

Rom, 25. Oktober.

Die „Epoca" erfährt, daß Minister Della Torretta schon vor der Zusammenkunft in Venedig die Schweizer Regierung vor den gefährlichen Plänen Karls warnte. Die Schweiz erwiderte, Karl habe sein Ehrenwort gegeben, folglich sei jeder Anschlag ausgeschlossen.

Militärdiktatur in Budapest.

Verhaftungen von Mitgliedern der Regierung Bethlen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

I. Wien, 25. Oktober.

Horthy hat, wie gemeldet, Rakovszky, den Grafen Julius Andrássy sowie eine ganze Reihe anderer oppositioneller Parteiführer und Legitimisten verhaften lassen. Nach dem Grafen Apponyi wird gefahndet. Auch die Verhaftung einzelner Mitglieder der gegenwärtigen Regierung Bethlen steht bevor. In Budapest herrscht die schärfste Militärdiktatur.

Budapest, 25. Oktober. (W. T. B.)

An hiesigen politischen Stellen verlautet, daß die politischen Führer der karlistischen Unternehmungen, Graf Andrássy, Dr. Gratz und Rakovszky, bereits verhaftet wurden und unter Bedeckung sich auf dem Wege nach Budapest befinden. Die militärischen Organisatoren des Unternehmens konnten bisher nicht festgenommen werden.

Die Regierung erließ Haftbefehle gegen die Abgeordneten Stefan Friedrich, Ludwig Szilaghi und Georg Szmrecsanyi, ferner gegen die Generale Horvath, Lehár, Graf Anton Sigray, Boroviceni, Oberst Asboth und Major Ofztenburg. Sie sind des Aufruhrs angeklagt und zum Teil flüchtig. Sie sollen ohne Rücksicht auf das Immunitätsrecht festgenommen werden. Die Abgeordneten Friedrich und Szilaghi befinden sich bereits bei der Polizei in Gewahrsam. Dem Abgeordneten Szmrecsany gelang es, als Geheimpolizisten ihn festnehmen wollten, durch das Fenster seiner Wohnung zu entkommen; er flüchtete im Automobil.

(Siehe auch Seite 2.)

Die neue Liga.

Von unserem Korrespondenten

Paul Block.

L Paris, 23. Oktober.

Unter der Führung der radikalen Deputierten Herriot und Painlevé hat sich die „Liga der Republik" gebildet, die alle Parteien der Linken zum Kampf gegen die nationalistische Politik des „Bloc national" vereinen will. „Alle" Parteien der Linken ist vorläufig etwas zu viel gesagt; bisher sind die Sozialisten in der Liga noch nicht vertreten, und gegen die Kommunisten wendet sich das Programm der Liga, deren Grundsätze die Rede Painlevés in Avignon bezeichnete. Jedoch eine starke Anzahl der besten Köpfe des Parlaments gehört bereits der Liga an — genannt seien nur Buisson, Debierre, der Abgeordnete Jean Hennessy — und es ist ein Geheimnis, das jeder kennt, daß auch außerhalb der Kammern für den Zusammenschluß aller „echten" Republikaner eifrig geworben wird. Denn die Liga verwahrt sich dagegen, lediglich die Vorbereitung für die nächsten Wahlen betreiben zu wollen. Sie erklärt, daß ihr Ziel zunächst die geistige Organisation aller Bekenner des demokratischen Gedankens sei, woraus dann im weiteren Fortschritt auch eine gemeinsame Arbeit im demokratischen Geiste folgen würde. Mit einer vorsichtigen Anpassung an die Ideengänge, die vorläufig noch immer auf den Krieg zurückführen, heißt es in den Statuten: „Die „Liga der Republik", durch die Initiative gewesener Kämpfer ins Leben gerufen, tritt für die Idee ein, daß Frankreich, das Land der Befreiung, und die Republik identisch seien. Sie will durch eine neue nationale Anstrengung, ebenso groß wie die des Krieges, diese Republik zu einer wirklichen Republik machen: das heißt, sie will in Frankreich eine umfassende Organisation schaffen, die auf den Grundsätzen der Revolution fußt und sich zur Freiheit von der Kirche und zu demokratischer Unabhängigkeit bekennt. Für die Wirtschaft des Landes soll eine Methode gefunden werden, die Produktion und Verteilung ins Gleichgewicht bringt."

Diese grundlegende Formel ist etwas unbestimmt, aber sie läßt dort schon erkennen, worauf es der Liga ankommt: sie will „den Frieden organisieren". Da die Politiker, die dieses Programm aufstellen, genau wissen, daß sie bei ihrer Arbeit keine größeren Feinde haben werden, als die französischen Nationalisten, formulieren sie die Hauptpunkte nach den Lehren, die ihnen die bisherige Politik des „bloc national" gegeben hat. Sie wollen: Herabsetzung der militärischen Kosten bis zu den äußersten Grenzen unbedingter Notwendigkeit; Mitarbeit Deutschlands beim Wiederaufbau im weitesten Umfange und in jeder Form; Sicherung des Friedens durch Ausdehnung und Kräftigung des Völkerbundes, zu dem alle Staaten zugelassen werden sollen und der nur wirken kann, wenn jeder zu ihm gehörige Staat einen Teil seiner souveränen Rechte dem Bunde abtritt; endlich noch eine durchgreifende Reorganisation auf dem Gebiet der inneren Politik, die für Finanzen, Unterricht, Verwaltung und Justiz neue Richtlinien vorsieht.

Obgleich dieses Programm, das vorläufig als „Studienprogramm" bezeichnet wird, mehr Worte und gute Absichten als klar ausgedrückte Forderungen enthält, wird es doch schon von den Zeitungen der Rechten scharf angegriffen. In dieser Liga zeigen sich die Anfänge einer Aenderung der politischen Auffassung, die für die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich maßgebend sein werden. Daß in vielen Hauptfragen die deutsche und die französische Auffassung auch dann noch auseinandergehen müssen, wenn die Grundsätze der neuen republikanischen Vereinigung ihre ersten Erfolge aufweisen können, ist zu erwarten. Es darf aber nicht übersehen werden, daß hier sich eine Gemeinschaft französischer Persönlichkeiten zusammenschließt, die wenigstens den Haß abbauen und für die Vernunft eine Straße öffnen wollen.

Der naheliegende Einwand, daß alle gut gemeinten Bemühungen erfolglos bleiben müssen, so lange nicht die französischen Regierungen sich die Grundsätze der neuen Liga zu eigen machen, ist nicht unbedingt stichhaltig. Die Regierung muß mit der Kammer rechnen, und es ist durchaus nicht immer gesagt, daß alle Kompromisse, die sie aus diesem Grunde schließt, ihren Wünschen und Zielen entsprechen. Wenn sich eine Mehrheit für eine sachliche Verständigung mit Deutschland fände, zu der die „Liga der Republik" helfen will und helfen kann, würde sich sehr wahrscheinlich manches ändern. Obgleich Briand wahrhaftig bisher Deutschland gegenüber eine Politik getrieben hat, die alle Nationalisten befriedigen könnte, wird ein intensiver Kampf offen und versteckt gegen ihn und sein „Kabinett der Verzichtung" geführt. Der neueste Vorstoß ist erst in diesen Tagen unternommen worden. Am letzten Freitag fand eine Sitzung der „republikanisch-demokratischen Vereinigung" der Kammer statt, in der sich trotz ihres schönen Namens die Feinde jeder ruhigeren Politik gegen Deutschland zusammen finden. In dieser Versammlung wurde auf die Gefahr der entstehenden Liga hingewiesen, die eine Politik verfolgt, welche dem Programm der Wahlen von 1919 direkt entgegengesetzt sei. Es wurde behauptet, daß die Regierung die neue Bewegung begünstigt, und es wurde vorgeschlagen, aus diesem Grunde gegen Briand zu stimmen. In der bereits entworfenen Tagesordnung wird eine „festere äußere Politik" verlangt, die auf jede weitere Konzession verzichtet. (Welche Konzessionen hat denn Herr Briand uns bisher gemacht? D. Red.) Die Tagesordnung wurde zunächst noch nicht angenommen, weil erst die Mitglieder des Kabinetts, die der „Entente républicaine démocratique" angehören — die Minister Bonnevay, Dior, Lefebvre du Prey und Loredu — gehört werden sollen. Aber aus